

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Gero Clemens Hocker, Frank Sitta, Carina Konrad, Karlheinz Busen, Nicole Bauer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Christian Sauter, Frank Schäffler, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Auswirkungen des Wolfes auf die Biodiversität in Deutschland**

Die Wiederansiedlung und der strenge Schutzstatus des Wolfes in Deutschland führen nach Wahrnehmung der Fragesteller zunehmend zu Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung. Ursächlich dafür sind vor allem die durch den Wolf verursachten Schäden und Kosten für die Nutztierhalter, insbesondere die Weidetierhalter. In der Konsequenz wird das Halten von Haustieren, Weide- und Nutztieren unattraktiver. Schlussendlich stehen die Tierhalter vor der Entscheidung, ob sie die entstandenen Schäden tolerieren oder die Tierhaltung einstellen.

Durch diesen Konflikt besteht nach Auffassung der Fragesteller das Potenzial einer nachhaltigen Veränderung der Kulturlandschaft im ländlichen Raum. Denn eine ausgeprägte Weidetierhaltung trägt bisher zum Erhalt des Offenlandes und im Rahmen der Deichbeweidung zur Sicherheit der Menschen in unserem Land bei. Artenschutz und Biodiversität stehen, zum Beispiel durch die Schaffung von Lebensräumen für Wiesenbrüter und Insekten, in enger Verbindung zur Weidewirtschaft.

Diese Anfrage soll daher als Grundlage einer weitergehenden Betrachtung des Umgangs mit den Wölfen und der Auswirkungen auf die Biodiversität in Deutschland dienen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Wölfe seit dem Jahr 1998 in Deutschland entwickelt, und welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus diesem Trend für die zukünftige Entwicklung des Bestandes?
2. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Ursachen der in der Antwort zu Frage 1 beschriebenen Entwicklung des Wolfsbestandes seit 1998 vor?
3. Bis zu welchem Punkt der in der Antwort zu Frage 1 prognostizierten zukünftigen Entwicklung soll sich der Wolfsbestand in Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung noch ohne eine reguläre Bejagung entwickeln können?
4. Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung ein Wolfsrevier in Deutschland, und welche Unterschiede gibt es dabei ggf. in den einzelnen Bundesländern bzw. je nach Eigenschaften des Habitats?
5. Wie viel Prozent der Landfläche in Deutschland sind durch Wölfe besetzt?
6. In wie vielen Mitgliedstaaten der EU gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Wölfe, und wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der Bestände in diesen Ländern in den letzten 20 Jahren (bitte auch die aktuelle Größe der Bestände in den jeweiligen Mitgliedstaaten angeben)?
7. Wie viele Mitgliedstaaten der EU haben nach Kenntnis der Bundesregierung eine Obergrenze für Wölfe festgelegt, und bei welcher Anzahl Wölfe liegt diese Obergrenze in den jeweiligen Mitgliedstaaten?
8. Welche Bedeutung hat nach Kenntnis und Auffassung der Bundesregierung der Wolfsbestand für die Biodiversität in Deutschland?
9. Wie wirkt sich die Neu- und anschließend dauerhafte Besiedlung eines Wolfsreviers nach Kenntnis der Bundesregierung auf die Biodiversität aus (bitte für alle Lebensraumtypen des europäischen Schutzgebietsystems Natura 2000 und für alle Kulturlandschaftstypen in Deutschland angeben)?
10. Welche Natura-2000-Lebensraumtypen sind nach Kenntnis der Bundesregierung besonders abhängig von der Besiedelung durch Wölfe, und welche Zeigearten sind durch den eventuellen Verlust der jeweiligen Lebensraumtypen in ihrer Population gefährdet?
11. Welche Kulturlandschaftstypen ohne FFH-Schutz (FFH = Fauna-Flora-Habitat) sind nach Kenntnis der Bundesregierung besonders abhängig von der Besiedelung durch Wölfe?
12. Welche Tier- und Pflanzenarten sowie Biotoptypen drohen nach Kenntnis der Bundesregierung verloren zu gehen, wenn es keine Wölfe mehr in Deutschland geben würde?
13. Welche Tier- und Pflanzenarten sowie Biotoptypen könnten von einer Ausdehnung des Wolfsbestandes in Deutschland profitieren?
14. An welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen macht die Bundesregierung die Antworten zu den Fragen 8 bis 13 fest?
15. Wie entwickeln sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Wildbestände infolge einer Neu- und anschließend dauerhaften Besiedlung eines Wolfsreviers?

16. Wie groß ist nach Auffassung der Bundesregierung der durch die ökologischen Leistungen hervorgerufene gesamtgesellschaftliche ökonomische Nutzen des Wolfes in Deutschland, und welche ökologischen Leistungen sind besonders hervorzuheben?
17. Wie viele Kosten (z. B. durch Präventions- und Entschädigungsaufwendungen) entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung dem deutschen Staat seitdem es wieder Wölfe in Deutschland gibt (bitte tabellarisch für die letzten 20 Jahre, jedes Bundesland und insgesamt auflisten)?
18. Wie viele Kosten (z. B. durch Präventions- und Entschädigungsaufwendungen) werden dem deutschen Staat nach Kenntnis der Bundesregierung bei der in der Antwort zu Frage 1 prognostizierten zukünftigen Entwicklung des Wolfsbestandes entstehen (bitte tabellarisch für die nächsten zehn Jahre, jedes Bundesland und insgesamt auflisten)?
19. Wie bewertet die Bundesregierung den zunehmenden Wolfsbestand in Deutschland im Hinblick auf den Tierschutz, vor allem von Weidetieren?
20. Was nützt der Biodiversität nach Auffassung der Bundesregierung mehr, Weidetiere oder Wölfe?

Berlin, den 6. November 2019

**Christian Lindner und Fraktion**

